No. 230. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 16. Mai 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1., Boxhagenerstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Ackerstraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Wedding-Platz), Königstr. 56/57, Rathenowerstraße 3, Potsdamerstraße 33, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Mittenwalderstraße 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 33, 84 u. Berlinerstr. 78, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Breitestr. 13b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königs-Chaussee 61b.

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W. Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Abermals eine Nichtbestätigung.

Aus **Westfalen** schreibt man uns:

Das Stadtverordnetenkollegium der nach der westfälischen Landgemeindeordnung vom 19. März 1856 verwalteten kleinen Ackerstadt Enger wählte in seiner Sitzung vom 17. Februar d. J. einstimmig den Kaufmann und Stadtverordneten Schwabedissen zum Mitglied der Schuldeputation. Schwabedissen gehört seit länger als zwanzig Jahren der Kommunalvertretung an. Er genießt das allgemeine Vertrauen seiner Mitbürger. Seine ausgezeichneten Kräfte und Fähigkeiten sind in den verschiedensten Aemtern in bester Weise erprobt, nicht zu allerletzt auch in Fortbildungsschul- und sonstigen Kulturfragen. Es war schwerlich ein anderer so geeignet, in der Schuldeputation mitzuarbeiten wie gerade Herr Schwabedissen. Jedermann, auch seine Gegner, erkennen das an.

Der Amtmann reichte nun nach der erfolgten Wahl das Gesuch um Bestätigung des Gewählten bei dem Landrat v. Borries in Herford ein. Und was geschieht? Der Landrat antwortete in einem persönlichen Anschreiben an den Gewählten:

„Dieser Wahl versage ich hierdurch die Bestätigung, da nicht die Gewähr geboten ist, daß Sie die Geschäfte des Schulvorstandes, insbesondere auch bei der Ausübung der Schulaufsicht dem Interesse gemäß führen werden."

Der Nichtbestätigte wandte sich im Beschwerdewege an den Landrat mit dem Ersuchen, ihm anzugeben, welche Tatsachen ihm Anlaß zu einer derligen Behauptung böten. Eine Antwort ist darauf bis heute ausgeblieben.

Die Regierung in Minden lehnte die beantragte Aufhebung der landrätlichen Verfügung am 5. dieses Monats ab.

Der Landrat und die königliche Regierung haben eine Begründung dafür, daß der Stadtverordnete Schwabedissen „keine Gewähr bietet, die Ausübung der Schulaufsicht dem Interesse gemäß zu führen" abgelehnt. Sie dürfen sich dabei auf das formale Recht stützen, daß sie zu einer derligen Auskunft über die Begründung ihrer abfälligen Meinung nicht verpflichtet sind; auch ein Ueberbleibsel aus der Zeit des polizeilich-patriarchalischen Staates, in dem der „Untertan" alles geduldig hinnehmen mußte, was die Bureaukratie über ihn verhängte.

Aber vielleicht findet man einen Schlüssel zu der Versagung der Bestätigung, wenn folgendes angeführt wird:

Herr Schwabedissen ist Vorstandsmitglied des freisinnig-volksparteilichen Vereins in Enger und einer der ältesten und konsequentesten Vorkämpfer des Linksliberalismus. Als solcher hat er bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Rechte der Kommune dem Landrat v. Borries-Herford gegenüber in energischer Weise verteidigt. Noch vor wenigen Wochen hat er in einer Kleinbahnsache dem Landrat eine eklatante Niederlage bereitet. Schwabedissen ist weiter bedingungsloser Anhänger der Fachschulaufsicht und ein Freund der Simultanschule.

Die Empörung in der Gemeinde Enger und weit darüber hinaus ist allgemein. Man kritisiert in den schärfsten Ausdrücken die Entscheidung des Landrats.

* * *

Auch dieses Vorkommnis zeigt wieder von neuem, welcher Kurs unter dem agrarischen Ministerpräsidenten v. Bülow gesegelt wird. Die Blockpolitik soll — so posaunen es die ordensbelohnten Herolde der konservativ-liberalen Paarung „unentwegt" aus — einen „liberalen Einschlag" herbeigeführt haben. Dem Liberalismus sollen allerhand Zugeständnisse gemacht worden sein. Die Freisinnigen werden von der reaktionären Presse andauernd in wahrhaft kompromittierender Weise über den grünen Klee gelobt wegen ihrer neuerdings gewonnenen „Einsicht" und „Reife". Alles hohle Redensarten! Der Engerer Fall ist nicht der einzige Fall von Nichtbestätigung eines freisinnigen Mannes. Die preußische Verwaltungsbureaukratie geht nach wie vor ihren eigenen Weg, von keinem Blockhauch umwittert. So weit reicht des Ministerpräsidenten Arm nicht, um das verhindern zu können. (Wenn man nicht als nüchterner Realpolitiker es vorzieht, zu glauben, er will es nicht verhindern.)

Aber die blockeifigen Geschäftsführer des bülowfrommen Freisinns werden auch durch Vorgänge wie den Engerer Fall nicht belehrt. Sie haben ihren Pakt mit den Konservativen geschlossen, während sie in ihrem Wahlaufruf munter drauf los schwatzen: Die Beseitigung der konservativ-klerikalen Mehrheit ist das Ziel des Kampfes. Kein Wunder, daß man in maßgebenden Kreisen zu der Ueberzeugung gelangt: Dieser Sorte von Freisinn darf man alles bieten.

Sehr wahrscheinlich ist, daß die blockergebene Freisinnspresse sich auf die Seite des Landrats v. Borries stellt, da ihr der Nichtbestätigte vielleicht zu — radikal ist. Ein Freisinniger, der einem Landrat Opposition macht: Wie „unzeitgemäß" ist der gute Mann in der Blockperiode, in der freisinnige Wähler sogar vor den Toren Berlins durch einen hochweisen Kuhhandel mit den Konservativen verpflichtet werden, für eine unreaktionäre Landratskandidatur einzutreten!

Ein englisch-französischer Handelsvertrag.

Nach dem Londoner „Daily Graphic" sind der britischen Regierung vom französischen Botschafter förmliche Vorschläge zu einem englisch-französischen Handelsvertrag unterbreitet worden. Vorbereitende Erörterungen haben bereits zwischen Sir Edward Grey und dem französischen Handelsminister Cruppi, der sich gegenwärtig in London aufhält, stattgefunden.

Ein „Feudaler".

Ein Konflikt zwischen dem Grafen Goertz-Schlitz, dem bekannten Jagdfreunde des Deutschen Kaisers, und der Stadt Schlitz erregt gegenwärtig im Großherzogtum Hessen und weit über die Grenzen des Hessenlandes hinaus großes Aufsehen.

Die Gemeinde Schlitz hatte vor einiger Zeit einstimmig beschlossen, die Ablösung der herrschaftlichen Jagdgerechtsame in der Feldmark der Gemeinde durchzuführen. Der Graf v. Goertz zu Schlitz, Präsident der ersten hessischen Kammer, hatte daraufhin an die Rentkammer einen Brief geschrieben, worin er der Stadt Repressalien androhte, falls sie bei ihrem Beschluß bleibe. Bürgermeister und Gemeinderat hatten darauf geantwortet, daß man auf dem Beschluß beharre, und daß die Standesherrschaft 1858 durch einen Revers sich verpflichtet habe, jederzeit in die Ablösung der Feldjagd gegen Zahlung eines damals festgesetzten Betrages zu willigen. Mittlerweile hat der Herr Graf bereits damit begonnen, sich als offenen Feind der Gemeinde zu zeigen. Der Schloßpark ist geschlossen, die Spazierwege im Walde sind dem Publikum gesperrt, mehreren Lieferanten und Handwerkern aus der Stadt sind die Aufträge entzogen worden.

Wie der „Ffr. Ztg." aus Darmstadt berichtet wird, hat jetzt der nationalliberale Abgeordnete Dr. Osann in der zweiten hessischen Kammer eine Interpellation darüber eingebracht, ob und welche Schritte die Regierung zum Schutz der Gemeinde Schlitz gegenüber dem Briefe des Grafen Goertz vom 29. April 1908 getan hat.

Man darf auf den Ausgang des Konfliktes gespannt sein. In der Besprechung der Interpellation im hessischen Landtage wird sicherlich die Gesetzwidrigkeit und das Unbillige des Vorgehens des Grafen Goertz-Schlitz dargetan werden. Die hessische Regierung wird zeigen müssen, ob sie gewillt ist, den Rechten der Gemeinde Schlitz gegenüber der herausfordernden Haltung eines feudalen Nachbarn Geltung zu verschaffen.

Abgeblitzte „Alldeutsche".

Eine tumultuarische Volksversammlung spielte sich gestern abend im Architektenhause ab, eine Versammlung, wie sie in diesen Räumen bisher wohl noch nicht stattgefunden hat. Augenscheinlich hatten die Einberufer Freiherr v. Stössel vom Alldeutschen Verband und Dr. Graf Pfeil nicht die geringste Ahnung davon, daß Gäste in ziemlicher Anzahl kommen würden, die sie nicht erwarteten: Die Sozialdemokraten. Der große Saal war bereits lange vor Beginn der Versammlung bis auf den letzten Platz gefüllt. Etwa ein Drittel der Gäste mochte Sozialdemokraten sein, in den vordersten Reihen sah man den Reichstagsabgeordneten Dr. Bernstein und den Redakteur des „Vorwärts" Kaliske und andere mehr. Bei den einleitenden Worten des Vorsitzenden Herrn Grafen Pfeil meldete sich Dr. Bernstein zum Wort zur Geschäftsordnung, an den Vorsitzenden die Frage richtend, ob sich an die Vorträge eine Diskussion schließen werde. Als dies bejaht wurde, ließ man die beiden Vortragenden des Abends mit geringen Unterbrechungen zu Ende sprechen.

Graf Pfeil führte aus, daß wir jetzt, da sich der Machthaber Marokkos, Muley Hafid direkt an das deutsche Volk respektive an dessen Herrscher wendet und ihm bestimmte Fragen vorlegt, uns fragen müssen,

ob wir noch neutral bleiben wollen

respektive sollen? (!) Er führte aus, daß der gegenwärtige Machthaber Marokkos nach der ganzen Persönlichkeit die Gewähr bietet, daß er die Algeciras-Akte im Sinne ihrer Abmachung durchführen werde und so auch unsere Beziehungen günstig ausgestaltet werden würden. Was dieser Wendepunkt bedeutet, suchte Graf Reventlow darzulegen.

Nachdem der Redner unter dem lebhaften Beifall der „Alldeutschen" geschlossen, war es mit der Ruhe vorbei. Dr. Bernstein kritisierte die Ausführungen der beiden Vortragenden in scharfer Weise und warnte mit Recht vor einer Verhetzung mit der großen französischen Nation, mit der wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Die wenigen Millionen, die Deutschland nach Marokko exportiert, ständen in keinem Verhältnis zu der Aussuhr nach England und Frankreich. Wer überhaupt Marokko einmal annektieren werde, wird sich selbst eine Wunde schlagen.

Nun begann der Lärm, der kein Ende nehmen wollte. Als keine Ruhe mehr zu erzielen war, vertagte der Vorsitzende die Versammlung auf zirka eine halbe Stunde. Als sich dann die Wogen der Aufregung gelegt hatten, sprachen noch die Herren v. Straß, Oberlob und Bernstein sowie Graf Reventlow. Aber es handelte sich hier weniger um Marokko als um antisemitische Plänkeleien, die kein Interesse für die Oeffentlichkeit beanspruchten.

Der mißvergnügte „hohe" Verhaftete.

Fürst Eulenburg, dessen Schicksal schon heute allen Eingeweihten nicht mehr zweifelhaft ist, da das Belastungsmaterial gegen ihn ungeheuerliche Dimensionen angenommen hat, fühlt sich, wie die „N. G. K." zuverlässig hört, in der Untersuchungshaft „nicht behaglich genug". Er hat Klage darüber geführt, daß man ihn „einschlichtet", weil seine Bewegungsfreiheit dadurch gehemmt werde. (Es ist allerdings eine unangenehme Besonderheit jeder Untersuchungshaft, daß sie diese Wirkung hat.) Außerdem erklärte der Fürst, daß ihn der Straßenlärm, den er von seiner idyllischen Ruhe auf Schloß Liebenberg nicht gewohnt sei, „sehr belästige". Bisher haben diese Beschwerden des verwöhnten Fürsten indessen eine Aenderung in seiner Behandlung nicht herbeizuführen vermocht.

Die Kommissionsvernehmungen in Liebenberg haben übrigens erstaunliche Dinge über Spiritismus, Gesundbeterei und Weissagungen zutage gefördert. Die Einzelheiten hiervon werden noch geheimgehalten. Große Rührigkeit sollen zurzeit gewisse Vertrauensleute des Fürsten entfalten, indem sie bestrebt sind, Freunde und Bekannte des Liebenberger Hauses für eine Auffassung der Situation zu gewinnen, die für den Fürsten wesentlich günstiger wäre als die tatsächliche. (In diese Kategorie von Bemühungen gehören auch gewisse Zeitungsnotizen, die immer wieder für den „armen, bedauernswerten" Fürsten Stimmung zu machen suchen.) Und doch bewährt das Schicksal des Verhafteten nur das alte Sprichwort: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein."

Ruthenen und Polen

führten in der gestrigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses in der fortgesetzten ersten Lesung der Regierungsvorlage bezüglich der Erhöhung des Landwehrrekrutenkontingents eine scharfe Sprache. Der Ruthene Petrychyi kennzeichnete den ablehnenden Standpunkt der Ruthenen, machte die polnische Nation, die österreichischen Regierungen sowie das Parlament verantwortlich für die unglückliche Lage des ruthenischen Volkes und bezeichnete die Ermordung des Statthalters von Galizien als Ausfluß dieser Lage. Der Pole Zamorski erklärte, die Polen wünschten ein großes, mächtiges Oesterreich. Unter Hinweis auf die Polenverfolgungen in Deutschland und die Ausweisung österreichischer Arbeiter aus Preußen bemerkte der Redner, Oesterreich sei zu einem preußischen Vasallen herabgesunken und verharre in einem Bündnis, das alle Merkmale eines Joches an sich trage. Der Gesetzentwurf wurde schließlich dem Wehrausschusse zugewiesen.

Ein entlarvter Spitzel.

Wie aus Warschau berichtet wird, ist dort nicht geringe Aufregung durch die Feststellung hervorgerufen worden, daß der populäre Publizist Stanislaw Brzozowski ein Agent der russischen Geheimpolizei ist. Die anfangs nur gerüchtweise auftretende Angabe fand bald offiziell volle Bestätigung. Brzozowski war im Oktober 1898 wegen Teilnahme an einer unerlaubten Vereinigung verhaftet worden. Er erkaufte sich damals seine Freiheit durch Verrat. Seit jener Zeit wirkte er als Agent der russischen Geheimpolizei in Krakau, Lemberg und Warschau. Im letzten Jahre ist er in Florenz tätig gewesen, wo er Gorki und Andrejew überwachte.

Umfangreiche Arbeiterentlassungen

werden in den französischen Arsenalen vorgenommen. Nach einer Meldung aus Paris werden entsprechend einer Verfügung des Kriegsministers, der bereits vor Monaten die Entlassung mehrerer hundert Arbeiter aus dem Arsenal Bourges angeordnet hatte, im Monat Juni eine große Anzahl Arbeiter des Arsenals Donay und der staatlichen Waffenfabriken von St. Etienne und Châtellerault entlassen. Der Unterstaatssekretär des Kriegsministeriums Chéron erklärte einem Vertreter des Verbandes der staatlichen Arbeiter, daß die Regierung in den Jahren 1905 und 1906 infolge außerordentlicher Bestellungen die Zahl der Arbeiter stark vermehren mußte, daß jedoch nach Erledigung dieser Bestellungen in den staatlichen Arsenalen und Waffenfabriken wieder der normale Arbeiterbestand hergestellt werden müßte.

Als sehr ernst

wird die Lage in Mauretanien von Reisenden hingestellt, die von dort in Bordeaux mit dem Dampfer „Magellan" eingetroffen sind. Vor drei Wochen sei eine Verpflegungsabteilung in der Nähe des Alegfees einem Angriff ausgesetzt gewesen, in dessen Verlauf ein Offizier und ein Unteroffizier getötet, ein zweiter Offizier verwundet worden sein soll. Fünfzehntausend Mauren mit Gewehren und Geschützen seien kriegsbereit. Das Hauptquartier des Obersten Gouraud soll bedroht sein.

Nach einem aus englischer Quelle stammenden Telegramm ist in Tanger das Gerücht verbreitet, daß die auf dem Marsche nach Fez befindliche 4000 Mann starke Mahalla Buchta ben Bagdadis vom Stamm der Beni Snassen gefangen und gezwungen wurde, sich Muley Hafid in der Nähe von Mekines anzuschließen.

Eine Hungersnot am Victoria-Nyanza.

Wie die Londoner „Daily Mail" aus Entebbe (Uganda) erfährt, hat die Mißernte in Bananen im Busoga-Distrikt im Norden vom Victoria-Nyanza eine Hungersnot hervorgerufen. Tausende von Todesfällen sind zu verzeichnen. Die Regierung hat die Lieferung von Lebensmitteln übernommen.

Die Erhaltung der amerkanischen Hilfsquellen.

Nach einer Meldung aus Washington hat sich gestern die dort abgehaltene Konferenz zur Erhaltung der nationalen Hilfsquellen vertagt, ohne daß sie eine ständige Organisation für die Zukunft geschaffen hätte. Etwaige weitere Konferenzen sollen vom Präsidenten der Vereinigten Staaten einberufen werden.

Wiesbaden, 15. Mai. Der zweite Tag der **Festvorstellungen** brachte die Oper „Oberon" in der Wiesbadener Bearbeitung.

Königsberg, 16. Mai. Das **Kronprinzenpaar** traf heute früh zum Besuche des Fürsten Dohna in Schlobitten ein.

Paris, 15. Mai. Der Ministerpräsident **Clemenceau** hatte heute nachmittag Besprechungen mit den Ministern des Auswärtigen, des Krieges und der Marine.

London, 16. Mai. Die Admiralität hat den Befehl auf Veranstaltung von **nächtlichen Angriffen und Uebungen** bis auf weiteres aufgehoben.

Petersburg, 16. Mai. Der Generaladjutant Generalleutnant Mischtschenko wurde zum Generalgouverneur von Ataschan und zum Kommandierenden des turkestanischen Militärbezirkes ernannt.